

i.punkt Landtag

Informationen des Landtagsabgeordneten Andreas Stoch aus Landtag und Wahlkreis

Ausgabe 1/2018

7. März 2018



Liebe Leserinnen und Leser,

das neue Jahr ist nun schon wieder einige Wochen alt. Es waren keine leichten Wochen für unsere Partei, deren Mitglieder entscheiden mussten, ob eine Große Koalition im Bund fortgesetzt wird oder nicht. Ich freue mich, dass sich mit zwei Dritteln die eindeutige Mehrheit unserer Mitglieder in Verantwortung für unser Land und seine Menschen für eine Regierungsbeteiligung ausgesprochen hat. Nun muss die SPD im Bund dafür sorgen, dass die starke sozialdemokratische Handschrift im Koalitionsvertrag auch in Regierungshandeln umgesetzt wird. Wir müssen dafür Sorge tragen, dass unsere Gesellschaft zusammenhält und niemand an den Rand gedrängt wird. Der Koalitionsvertrag gibt hierfür richtige Antworten, insbesondere bei der Förderung von bezahlbarem Wohnraum, guter Bildung und der Sicherung von Arbeitsplätzen, insbesondere in Zeiten der Digitalisierung. Ebenso halte ich ein klares Bekenntnis zu Europa für wegweisend.

Gleichzeitig ist aber auch klar, dass wir in unserer Partei eine wirkliche Neuorientierung brauchen. Ins Zentrum unserer politischen Arbeit muss wieder verstärkt der sozialdemokratische Markenkern rücken, nämlich die Solidarität. Wir brauchen Solidarität für mehr soziale Gerechtigkeit. Zugegeben: Dieser Begriff wurde in den letzten Jahren stark überstrapaziert und nahezu zur sinnentleerten Floskel herabgewürdigt. Ich persönlich aber halte soziale Gerechtigkeit nach wie vor für ein hohes Gut, welches bedeutet, dass jeder Mensch ein Recht auf umfassende gesellschaftliche Teilhabe hat. Wir müssen diesen ursocialdemokratischen Anspruch mit aktuellen Inhalten füllen und zwar so, dass wir damit die Menschen

erreichen, ihre Fragen beantworten und ihnen ihre Ängste und Sorgen vor einer immer unberechenbarer werdenden Zukunft nehmen können.

Die Diskussionen um die Zukunft und die Leitlinien einer neuen sozialdemokratischen Politik haben seit der Bundestagswahl und vor allem durch den Mitgliederentscheid an Fahrt aufgenommen. Die Genossinnen und Genossen haben es sich mit ihren Entscheidungen nicht einfach gemacht. Jede und jeder Einzelne, sowohl an der Basis in den Ortsvereinen als auch die Mandatsträger in direkter politischer Verantwortung, hat mit sich und den eigenen Ansprüchen an die SPD gerungen. Dieser zutiefst demokratische Prozess zur Erneuerung unserer Partei muss weiter fortgesetzt werden. Ein starkes Machtzentrum außerhalb des Kabinetts in Berlin macht das möglich und ist deshalb unbedingt anzustreben.

Bei all der großen medialen Beachtung, die in den letzten Wochen und Monaten hauptsächlich der Bundespolitik galt, stand aber die Arbeit im Stuttgarter Landtag nicht still. Hier herrscht nach wie vor gegenseitiges Misstrauen und sogar offen ausgetragener Zwist zwischen den Regierungsfractionen, was sich vor allem in der Frage um die Reform des Landtagswahlrechts zeigte. Weitere aktuelle Themen waren die zunehmenden Unterrichtsausfälle im Land und die Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes. Auch im Wahlkreis war ich in den letzten Wochen viel unterwegs. Von einigen Terminen möchte ich auch heute wieder berichten.

Bevor ich Euch wie gewöhnlich eine interessante Lektüre wünsche, die Eure weiteren Diskussionen hoffentlich anregt oder gar befeuert, möchte ich die Werbetrommel für eine Veranstaltung am 17. März rühren. Auf dem Heidenheimer Schlossberg treffen sich viele demokratische Kräfte aus unserer Region und protestieren gemeinsam anlässlich des AfD-Landesparteitags gegen Rassismus und für ein buntes und solidarisches Baden-Württemberg. Es wäre schön, wenn wir uns dort sehen würden.

Euer Andreas Stoch MdL

Reform des Landtagswahlrechts

Die SPD-Fraktion thematisierte den Streit zwischen Grünen und CDU um eine Änderung des Landtagswahlrechts im Rahmen einer Aktuellen Debatte mit dem Titel: „Der grün-schwarze Stuhlkreis – therapieren statt regieren“ in der Landtagssitzung am 31. Januar.

Bereits in der vergangenen Legislaturperiode, als die SPD Regierungspartei im Land war, wurde eine Kommission für die Reformierung des Landtagswahlrechts gebildet. Eine Änderung scheiterte aber, weil Abgeordnete aller Fraktionen am bisherigen Wahlrecht festhalten wollten. Eine Verteilung der Zweitmandate aufgrund der erzielten Wahlergebnisse in den Wahlkreisen erscheint ihnen demokratischer als eine Verteilung über Parteilisten. Allerdings bietet das bisherige Wahlrecht keine Steuerungsmöglichkeit, wenn es um die Frage geht, wie z.B. der Anteil von Frauen im Landtag erhöht werden kann. Es muss darüber nachgedacht werden, wie die Vorteile des bisherigen Systems bewahrt und gleichzeitig die Nachteile reduziert werden können. Die SPD-Fraktion hat dies in vielen Diskussionen erörtert und einen Vorschlag ausgearbeitet, der als Kompromiss zwischen den derzeit unversöhnlichen Positionen von CDU und Grünen dienen könnte.

Aber seit mehr als einem Jahr warten wir auf eine Einladung der Regierungsfaktionen, um endlich über die Reform des Wahlrechts zu verhandeln. Stattdessen hat die CDU-Fraktion unter Führung von Wolfgang Reinhart Ende Januar beschlossen, keinerlei Änderungen am Wahlrecht vorzunehmen. Obwohl diese Aktion in erster Linie Innenminister Thomas Strobl brüskieren und dem Landesparteichef klarmachen sollte, dass er keinen Rückhalt in der CDU-Fraktion hat, stellt sie doch eindeutig den Bruch des Koalitionsvertrages dar. Sie zeigt erneut, wie groß die Unterschiede und das Misstrauen innerhalb der Koalition wirklich sind. Dieser Streit löste eine Regierungskrise aus. Nun soll ein Gremium feststellen, inwieweit die Ziele des Koalitionsvertrages weiter verfolgt werden. Dieses hilflose Agieren zeigt einmal mehr, dass Grün und Schwarz grundsätzlich nicht zusammenpassen. Die Auseinandersetzung zum Wahlrecht ist dabei nur der Tropfen auf den heißen Stein. Grüne und CDU müssen endlich einsehen, dass ihre Zweckehe nicht funktioniert. Sowohl der Ministerpräsident als auch sein Vize, der von der eigenen Partei brüskierte Innenminister, haben das Heft des Handelns nicht mehr in der Hand. Wie soll eine Regierung, die sich nur mit sich selbst beschäftigt, die Zukunft des Landes gestalten und die wirklichen Probleme der Menschen lösen?

Umsetzung Bundesteilhabegesetz

Das Bundesteilhabegesetz wurde 2016 auf den Weg gebracht und soll nun in den Ländern umgesetzt werden. Am 28. Februar hat Sozialminister Manfred Lucha (Grüne) einen entsprechenden Gesetzentwurf in den Landtag eingebracht. Das Gesetz sieht vor, dass weiterhin die Stadt- und Landkreise für die Eingliederungshilfe zuständig sind. Für die zusätzlichen Aufgaben will das Land den Kreisen 2018 und 2019 22 Millionen Euro so genannte freiwillige Ausgleichszahlungen zur Verfügung stellen. Diese reichen aber bei Weitem nicht aus, um den Mehraufwand der Kreise und Kommunen zu decken. **Rainer Hinderer**, sozialpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion, sieht hier das Land eindeutig in der Pflicht, die tatsächlichen Kosten zu übernehmen. Diese schätzt der Kommunalverband für Jugend und Soziales auf ca. 150 Millionen Euro. Auch muss die Bedarfserhebung unabhängig von Kostenträgern und Leistungserbringern durchgeführt werden und landesweit einheitlich geregelt sein. Nach der Ersten Lesung dieses Gesetzentwurfs müssen nun zügig Nachbesserungen folgen, um den vorgesehenen Zeitplan für die von der UN-Behindertenrechtskonvention geforderte umfassende Inklusion voranzutreiben.

Steigender Unterrichtsausfall

Die SPD-Landtagsfraktion brachte einen Antrag zu den unter Grün-Schwarz massiv gestiegenen Unterrichtsausfällen ein und forderte von Kultusministerin Susanne Eisenmann (CDU) genaue Zahlen. In der Sitzung am 28. Februar kam es zu einer heftigen Auseinandersetzung zu diesem Thema.

Gerhard Kleinböck, schulpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion, warf Eisenmann vor, die miserable Versorgungssituation an den Schulen im Land einfach tatenlos hinzunehmen und schönzurechnen. Die Regierung wisse gar nicht, wie viele Stunden an den Schulen tatsächlich ausfallen. Sie solle endlich aktiv werden und genaue Daten erheben. Für wenig glaubwürdig hält Kleinböck auch, dass hier keine EDV-gestützten Lösungen gefunden werden können. Die Unterrichtsversorgung dürfe nicht schon zu Schuljahresbeginn auf Kante genäht sein. Damit sei sie von Anfang an zum Scheitern verurteilt. So seien die Schulen im Land schon im September 2017 mit 635 Lehrerstellen zu wenig ins Schuljahr gestartet. Die Landesregierung hätte weitaus früher reagieren und dem absehbaren Lehrermangel entgegenwirken müssen. Eisenmann lehnt die Verantwortung ab und wirft der SPD Panikmache vor.

SPD-Regionalkonferenz in Ulm

Auf der letzten von bundesweit insgesamt sieben Regionalkonferenzen des Parteivorstands vor dem Mitgliederentscheid zur Großen Koalition hatten sich am 25. Februar in Ulm über 550 Genossinnen und Genossen aus Baden-Württemberg und Bayern eingehend mit dem Koalitionsvertrag auseinandergesetzt. Mit dabei waren die SPD-Fraktionsvorsitzende im Bundestag Andrea Nahles, der kommissarische Parteivorsitzende Olaf Scholz und unsere Landesvorsitzende und Wahlkreisabgeordnete Leni Breymaier.



Fotos: SPD Baden-Württemberg

Leni Breymaier warb in Ulm, wie bereits zuvor auf der Konferenz in Waiblingen, darum, der Großen Koalition zuzustimmen. „Wir wollen den Schwung, den wir hier erleben, nach dem 4. März mitnehmen - in gute Regierungsarbeit, in aktive Parteiarbeit und in den Erneuerungsprozess der SPD“, so Breymaier. Von den bundesweit mehr als 463.000 SPD-Mitgliedern, die ihre Stimme bis zum 2. März per Briefwahl abgeben konnten, waren über 37.800 aus Baden-Württemberg. Am 4. März wurde im Berliner Willy-Brandt-Haus das Abstimmungsergebnis verkündet. Mit einer deutlichen Zwei-Drittel-Mehrheit stimmten die Genossinnen und Genossen für die Große Koalition und damit für eine Regierungsbeteiligung der SPD. Die teilweise heftigen und kontroversen Diskussionen im Vorfeld und die hohe Beteiligung von knapp 80 Prozent am Mitgliederentscheid zeigen, dass in unserer Partei Demokratie gelebt wird. Diesen Prozess müssen wir fortführen und auch die Genossinnen und Genossen mitnehmen, die sich gegen eine GroKo ausgesprochen haben.

„Die Köpfe haben wir erreicht - die Herzen müssen wir zurückerobern.“

LENI BREYMAIER

Basiskonferenz SPD-Kreisverband



Fotos: Stefan Oetzel (SPD Regionalgeschäftsstelle)

Auch hier im Wahlkreis haben die Genossinnen und Genossen auf einer Kreismitgliederversammlung im Vorfeld der Ulmer Regionalkonferenz über Für und Wider einer Fortführung der Großen Koalition sehr lebhaft diskutiert.



Die hohe Beteiligung der Mitglieder meines Kreisverbands, ihr reges Interesse an einer konstruktiven Diskussion und die sich dort abzeichnende Stimmung ließen mich auf eine Zwei-Drittel-Mehrheit bei der Mitgliederbefragung hoffen. Wie sich gezeigt hat, lag ich damit gar nicht schlecht.

Ehrung Wolfgang Staiger



Für 40 Jahre Mitgliedschaft in der SPD Heidenheim durfte ich am 3. März, gemeinsam mit Ortsvereinsvorsitzendem Dr. Florian Hofmann, meinen Vorgänger im Landtag, Wolfgang Staiger, ehren. Dies war mir eine große Ehre und eine ebenso große Freude.

Kindertagespflege im Kreis



Die Kindertagespflege ist neben den Kitas ein wichtiger Baustein in der Kindererziehung. Wegen der individuellen Betreuung und höherer Flexibilität ist die Kindertagespflege für viele Eltern eine interessante Alternative. Doch die Bezahlung der Tageseltern lässt zu wünschen übrig. Deswegen habe ich mich zu einem Gespräch mit dem Vorstand des Heidenheimer Kindertagespflegevereins getroffen. Gerade bei der Betreuung von unter Dreijährigen hat der Bedarf im Landkreis stark zugenommen und steigt weiter, erklärte Geschäftsführerin Karin Keller. Der Verein, der die Kindertagespflege im Kreis koordiniert und mit einer gut aufgestellten Fachberatung und regelmäßigen Grund- und Weiterbildungskursen für die Qualitätssicherung sorgt, benötigt vor allem in den Städten mehr Tagespflegepersonen. Problematisch bei der Suche ist in erster Linie die nicht angemessene Bezahlung, aber auch die bürokratischen Hürden, die der Status der Selbstständigkeit für die Tageseltern mit sich bringt. Hier bietet der Verein zwar Hilfe, sieht aber eine echte Alternative in einer Anstellung beim Landratsamt.

Der Landesverband der Kindertagespflege hatte deswegen im vergangenen Jahr zu einer Aktion aufgerufen und viele Tagesmütter haben sich dabei auch mit einem Schreiben an mich gewandt. Aktuell erhalten Tagespflegepersonen im Kreis Heidenheim 5,50 Euro pro Kind und Stunde. Städte- und Landkreistag haben sich dazu bereits klar positioniert und zeigen sich bereit, den Stundensatz um 50 Cent zu erhöhen, wenn das Land dieselbe Summe beisteuert. Hier steht die Landesregierung in der Verantwortung, endlich mit den kommunalen Landesverbänden eine Einigung zu erzielen, zumal dies im grün-schwarzen Koalitionsvertrag festgeschrieben steht und der Landshaushalt bestens aufgestellt ist. Aber Kultusministerin Eisenmann hat bisher noch keine solche Beteiligung in Aussicht gestellt.

Besuch auf der CMT

Trotz großer Termindichte habe ich mir auch in diesem Jahr die Zeit genommen, den Stand der Region auf der Stuttgarter CMT zu besuchen und mit verschiedenen Ausstellern aus dem Landkreis Heidenheim und Ostwürttemberg ins Gespräch zu kommen. Natürlich schaute ich auch am Stand der Giengener Firma Steiff vorbei und ließ mir die Neuigkeiten der plüschigen Spielzeugwelt zeigen.



Kamingespräch mit Wirtschaftsunioren

Seit zwei Jahren führen die Wirtschaftsunioren Ostwürttemberg regelmäßig Kamingespräche im kleinen Kreis mit Persönlichkeiten aus der Region durch. Zu ihrem ersten Kamingespräch im neuen Jahr luden sie mich am 25. Februar 2018 in die Brauereigaststätte „König“ in Oggenhausen ein. Im Mittelpunkt der Diskussion standen an diesem Abend die Vor- und Nachteile einer Großen Koalition - sowohl für die SPD als auch für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes.



Impressum:

Wahlkreisbüro Andreas Stoch MdL
Redaktion: Danjela Folberth
Bergstraße 8 | 89518 Heidenheim
Tel.: 07321/ 4 00 80 | Fax: 07321/ 4 00 42
E-Mail: wahlkreisbuero@andreas-stoch.de
Internet: www.andreas-stoch.de